

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2011)
Heft: 2: Japajn und nun?

Artikel: Überall Kritik an der "Alibiübung Partizipation"
Autor: Schneider, Verena
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586537>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

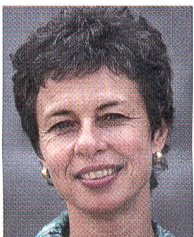
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Überall Kritik an der «Alibiübung Partizipation»



Fotos Aufbauforum Natur & Umwelt Lägern-Nord: Verena Schneider

Die Bevölkerung der sechs Standortregionen für das Atommüll-Tiefenlager soll mitreden können. Davon begeistert ist niemand, denn mitentscheiden kann man nicht.



Von **VERENA SCHNEIDER**
Freie Journalistin,
verena.schneider@bluewin.ch

Sechs Standorte – Jura Ost (Bözberg), Jura Südfuss, Zürich Nord-Ost (Weinland), Nördlich Lägern, Südranden und Wellenberg – stehen derzeit für ein Atommüll-Tiefenlager zur Diskussion. In diesen Regionen läuft das so genannte Partizipationsverfahren.

Knapp 30 Personen treffen sich Mitte April zum «Aufbauforum Natur & Umwelt» des Forums Lägern-Nord, darunter fünf aus Behörden. Die oppositionellen Vereine KLAR! Züri Unterland und LoTi haben je 7 Leute mobilisiert. Der Aufruf, an den Aufbauforen teilzunehmen, ist offenbar weitgehend ungehört verhallt. Dramatischer noch war es am Behördenforum gewesen, an dem kurz zuvor nur knapp die Hälfte der 49 Standortgemeinden teilgenommen hatte. Und gut ein Drittel der anwesenden GemeinderätInnen wusste kaum, worum es überhaupt geht. Hanspeter Lienhart, Präsident des Forums Lägern-Nord und SP-Stadtrat von Bülach, meint: «Das Verfahren ist zwar schwerfällig und kompliziert, aber die Bevölkerung sollte sich dran beteiligen, wenn sie wissen will, was Sache ist.» Startmoderator Hannes Hinnen ist Gründer der auf Grossgruppenprozesse spezialisierten Beratungsfirma Frischer Wind, die im Auftrag des Bundesamtes für

Energie (BFE) den Partizipationsprozess definiert und die Startmoderatoren in den Standortregionen geschult hat. «Rund 120 Personen sollten sich bis Ende Juni als Delegierte für die Regionalkonferenz Lägern-Nord angemeldet haben. Wir werden wohl noch Leute suchen müssen...», stellt er fest.

Gschpürsch mi?

Nach dem Kurzreferat von Felix Altorfer, Leiter Entsorgung beim Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI), eröffnet Hinnen die erste Diskussionsrunde in Kleingruppen, World Café genannt. «Was ist unsere Befindlichkeit im Zusammenhang mit dem Tiefenlager?», lautet die erste Frage, die diskutiert wird. Gesittet, ruhig, leicht ratlos die einen, mit klarer Haltung die andern. Stichworte werden notiert. José Rodriguez vom BFE hält ebenfalls ein Kurzreferat. Er sagt, dass man das Tiefenlager einer Region «sicher nicht aufzwingen» wolle. Und dass die Teilnahme an der Regionalkonferenz (RK) – die in allen Regionen bis im Herbst 2011 beginnen soll – ein Engagement von rund 10 bis 15 Arbeitstagen pro Jahr bedeute. Dass dieses mit 80 Franken pro Stunde, halbe und ganze Tage mit 300 beziehungsweise 500 Franken entschädigt würden. Kopfschütteln im Raum. Anders als beim Behördenforum, wo ein Gemeinderat diese Ansätze als «lächerlich» abtat, glaubt man hier, kritische Stimmen sollen gekauft werden.

«Was kommt vom Gehörten bei uns an?», ist die Frage der zweiten Runde World Café. «Das ist ja wohl klar: Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'», meint eine Vertreterin von KLAR! Züri Unterland. Die dritte Diskussionsrunde dreht sich darum, was einem beim Partizipationsprozess wichtig ist. Zum Schluss werden «Per-

Links der Tiefenlager-GegnerInnen:

www.klar-zu.ch, www.lotit2010.ch, www.kaib.ch, www.klar-schaffhausen.ch
www.klar-schweiz.com, www.nwa-schweiz.ch, www.endlagernein.ch,
www.mna.ch

len» aus den drei Runden präsentiert: Kritisiert wird, dass die Bevölkerung mitreden soll, aber in Bern entschieden werden wird. Auch die mangelnde Transparenz des Auswahlverfahrens für die Regionalkonferenz und das Partizipationsverfahren als Alibiübung mit fraglichem Nutzen werden hinterfragt. Die deutschen Teilnehmer verlangen Mitbestimmung statt nur Mitsprache, und Hannes Hinnen stellt fest: «Wir haben ein Kommunikationsproblem. Daran muss noch gearbeitet werden.»

Partizipation mal so, mal ganz anders

In den andern Regionen läuft es noch harziger: Im Weinland empörte sich die Opposition darüber, dass man sich innerhalb von nur 14 Tagen für das Aufbauforum anmelden musste. Das sei nicht rund gelaufen, sagt Startmoderator Markus Baumgartner von Richterich & Partner. Ende Mai soll eine zweite Runde stattfinden. Am 5. April hat das Behördenforum Opalinuston in einem Communiqué verlangt, dass in allen Standortregionen nebst seismischen Messungen auch Tiefenbohrungen gemacht werden, damit die Standorte 1:1 vergleichbar seien. Erhoffter Nebeneffekt: Wenn Maschinen auffahren, werden die Menschen wach. Im Bözberg kritisieren Mitglieder des Vereins KAIB, dass sie nicht an den Aufbauforen teilnehmen durften, obwohl KAIB in der Regionalkonferenz mit zwei Sitzen vertreten sein soll. Man halte sich lediglich an das Konzept vom BFE, sagt Gerry Thönen vom dortigen Startteam. Stefan Jordi vom BFE bestätigt, dass es den Startteams freigestellt sei, Pro- und Kontra-Organisationen nur direkt zur Teilnahme an der RK einzuladen.

Frust hüben und drüben

Doch auch die Behörden sind nicht glücklich: Das BFE spiele sich als federführende Instanz auf, überlasse jedoch die gesamte Arbeit den Behörden in den Regionen, heisst es. Tatsächlich sei sein Team etwas in Verzug mit der Erarbeitung von Spielregeln für die Gründung der RK, sagt Jordi.

Ein Sonderzüglein fahren die Behörden in der Region Jura Südfuss: Sie haben einen Trägerverein gegründet, in dem

alle Gemeinden mit einem Sitz vertreten sein müssen. Politisch bleibt diese Plattform neutral – im Gegensatz zu ihrem Pendant im Südranden: Dort engagiert sich der Schaffhauser Stadtpräsident zusammen mit dem Gemeindepräsidenten von Neuhausen im Startteam dafür, dass der Partizipationsprozess kritisch begleitet wird. Auf der Website ist nachzulesen: «Die Arbeit der Plattform Südranden berücksichtigt das Gebot zum Widerstand der Schaffhauser Behördenvertreter gemäss Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten vom 4.9.1983.» Und auch im Strategiepapier des Forums Lägern heisst es: «Wir leisten sachlichen, aber konsequenten Widerstand.»

Feigenblattaktion mit netter Etikette

Die Begriffe Partizipation oder Mitwirkungsverfahren tönen gut, liberal, demokratisch. Wer die Konzepte dazu genauer liest, merkt: Viel steckt nicht dahinter. Zwar ermögliche das Verfahren «eine breite Diskussion», und es gehe darum, «Einfluss zu nehmen und gemeinsam die beste Lösung zu finden». Doch zum Thema Grenzen heisst es etwa: «Es geht nicht darum, einen Konsens zu finden, sondern sich eine Meinung zu bilden.» Oder: «Über ein Tiefenlager kann gemäss Kernenergiegesetz nicht eine Gemeinde, Region oder der Kanton entscheiden, sondern es entscheidet der Bundesrat und, nach dem Ergreifen eines fakultativen Referendums, letztlich das Schweizer Volk.» Fazit: Es ist problematisch, wenn Gemeinde- und Regionalpolitiker im Nebenamt ohne kommunikative Ausbildung nebst der Bearbeitung von zig anderen Dossiers auch noch ein hochkomplexes Partizipationsverfahren auf die Beine stellen und die Bevölkerung motivieren sollen, daran teilzunehmen. Zumal diese weiss, dass sie abgesehen von der Farbe der Oberflächenanlage also nicht viel mitzubestimmen hat, weil ohnehin der Bundesrat entscheidet, auf Antrag der Nagra und auf Empfehlung des ENSI. So gesehen ist «Partizipation» eine sympathische Etikette für ein hochgradig undemokratisches Verfahren, das Unmengen von Zeit und Steuergeldern verschlingen wird. <

ANTI-AKW-Protteste in Indien



Weltweit haben die Proteste gegen AKW seit Fukushima zugenommen. Auch in Jaitapur, im indischen Bundesstaat Maharashtra, wehren sich Anwohner gegen den Bau eines der grössten AKW der Welt. Das Projekt hat schon länger Anwohner, Umweltschützerinnen und AKW-Gegner auf den Plan gerufen. Am 18. April, nach Fukushima, versammelten sich zahlreiche Demonstrierende und protestierten heftig. Dabei kam ein Demonstrant ums Leben.

Französische Reaktoren

Die Nuclear Power Corporation of India und die französische Firma Areva wollen in Jaitapur noch dieses Jahr mit der Konstruktion des neuen AKW mit einer Leistung von 9900-Megawatt beginnen (dies entspricht etwa 9 Mal der Leistung des Atomkraftwerks in Leibstadt). Das Projekt kostet 10 Milliarden US-Dollar und soll mit sechs Reaktoren ausgestattet werden. Die Crux: Das AKW liegt in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet. Laut dem indischen geologischen Dienst soll es hier zwischen 1985 und 2005 zu 92 Erdbeben gekommen sein und die Tageszeitung «Times of India» berichtet, dass die stärkste Erschütterung 1993 mit einem Wert von 6,3 auf der Richterskala gemessen wurde. Zudem liegt der Ort Jaitapur direkt an der Küste.

Regierung hält an Atomkurs fest

Bisher hält aber die indische Regierung an ihrem Atomstromkurs fest. Der Umweltminister Jairam Ramesh lässt verlauten, dass die Atomenergie die einzige Möglichkeit sei, den rapide ansteigenden Energiebedarf der ungefähr 1,2 Milliarden InderInnen zu decken. Doch dabei geht es vor allem darum, den ständig steigenden Bedarf der boomenden Wirtschaft zu befriedigen. Denn gemäss der Weltbank lebt nach wie vor gut ein Drittel der indischen Bevölkerung vor allem auf dem Land ohne Zugang zu Elektrizität. Indien besitzt derzeit 22 Atomreaktoren, fünf weitere sind im Bau und 39 geplant. Bis 2032 soll die Leistung von 5 auf 32 Gigawatt steigen. Auf die Proteste in Jaitapur kündigt Jairam Ramesh lediglich an, dass Sicherheitsvorkehrungen getroffen würden, um eine Katastrophe wie in Japan verhindern zu können.